

Ressort: Finanzen

Gesamtmittel-Präsident gegen Aufweichung der 35-Stunden-Woche

Berlin, 16.07.2017, 20:53 Uhr

GDN - Der Arbeitgeberverband Gesamtmittel warnt vor einer harten Tarifaueinandersetzung in der Metall- und Elektroindustrie um die Arbeitszeit. Wenn die IG Metall die 35-Stunden-Woche nach unten aufweichen wolle, werde der Fachkräftemangel in unverantwortlicher Weise verschärft, sagte Gesamtmittel-Präsident Rainer Dulger dem "Handelsblatt" (Montagausgabe).

"Das zerschlägt nicht nur nachhaltig unseren wirtschaftlichen Erfolg, wir würden auch eine massive Tariffucht erleben. Und Produktionsverlagerungen ins Ausland, weil die Arbeit hierzulande gar nicht mehr erledigt werden könnte", warnte Dulger. Die IG Metall will ihre Forderung für die kommende Tarifrunde am 24. Oktober festlegen. Bei einem Arbeitszeitkongress Ende Juni hatte Gewerkschaftschef Jörg Hofmann aber schon klar gemacht, dass Beschäftigte in bestimmten Lebenslagen ihre Arbeitszeit auch auf 28 Stunden absenken können sollten – mit Lohnausgleich. Auch in der Politik wird das Thema flexible Arbeitszeiten intensiv diskutiert. Dulger warnt die Gewerkschaft aber, das Thema nicht zu überreizen: "Die IG Metall unterschätzt, dass das Thema Arbeitszeit auch bei vielen Unternehmen ebenso emotional aufgeladen ist", sagte er. Wenn Hofmann wegen der Arbeitszeit den Manteltarif öffne, werde er mit einer Vielzahl unterschiedlichster Gegenforderungen der Arbeitgeber konfrontiert werden. "Das wird ein unbeherrschbarer Prozess", prophezeit der Arbeitgeberpräsident. Er erinnert an die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche. Sie habe zum "größten volkswirtschaftlichen Schaden durch Arbeitskämpfe geführt, den wir in der Branche je hatten". Beim Thema Arbeitszeit setzt Dulger aber auch auf die Politik. So fordert er, die Bemessung der Höchstarbeitszeit von der täglichen auf eine wöchentliche Basis umzustellen. Und er macht sich für Steuerentlastungen stark: "Sobald einer meiner Mitarbeiter mehr arbeitet, nimmt der Fiskus ihm einen großen Teil des höheren Verdienstes weg. Die kalte Progression ist eine Ungerechtigkeit und gehört beseitigt, wir brauchen mehr Netto vom Brutto. Und der Soli muss weg."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-92122/gesamtmittel-praesident-gegen-aufweichung-der-35-stunden-woche.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619